

- 1310** Wird das rechtmäßig angeordnete Gutachten nicht fristgemäß vorgelegt, darf die Behörde gem. 11 Abs. 8 auf die fehlende Eignung schließen und die Fahrerlaubnis entziehen (VG Baden-Württemberg, Beschl. v. 17.10.2022 – 13 S 1790/22, DAR 2023, 168 m. Anm. *Kalus*).
- 1311** Die **erneute Entziehung** einer Fahrerlaubnis auf Probe während der Restdauer der vorherigen Probezeit kann gem. **§ 3 Abs. 1 S. 1 StVG** erfolgen, sofern das Fahreignungsgutachten negativ ausgefallen ist oder nicht vorgelegt wurde (aus der Nichtvorlage ist auf die fehlende Fahreignung zu schließen, § 11 Abs. 8 S. 1 FeV; VG Trier, Beschl. v. 8.10.2012 – 1 L 1025/12.TR). Bei dieser Entziehung haben – da § 2a Abs. 6 StVG nicht gilt – Widerspruch und Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung (VG Magdeburg, Beschl. v. 19.1.2011 – 1 B 466/10).
- Siehe auch:** → *Alkoholverbot für Fahrer/innen* (§ 24c StVG), Rdn 278; → *Fahreignungsregister, Allgemeines*, Rdn 1229 m.w.N.

1312 Fahrtenbuch

Das Wichtigste in Kürze:

1. Die Verwaltungsbehörde kann einen Fahrzeughalter verpflichten, ein Fahrtenbuch zu führen.
2. Adressat der Fahrtenbuchaufgabe ist der Halter eines Kfz.
3. Jeder im FAER eintragungspflichtige Verstoß kann zur Anordnung der Fahrtenbuchaufgabe führen.
4. Eine konkrete Wiederholungsgefahr ist für die Fahrtenbuchaufgabe nicht erforderlich.
5. Weitere Voraussetzung für die Fahrtenbuchaufgabe ist, dass die Ermittlung des Fahrers nicht möglich war.
6. Den Angaben des Halters im OWi-Verfahren kommt für die Bestimmung des notwendigen Ermittlungsumfangs besondere Bedeutung zu.
7. Verlässliche Vorhersagen über den Ausgang eines Verwaltungsrechtsstreits sind kaum möglich; nicht selten gelangen Verwaltungsgerichte zu konträren Ergebnissen.
8. Für betrieblich genutzte Kfz gelten einige Besonderheiten.
9. Die Anordnung ist auch nach längerem Zeitablauf seit Tatbegehung und seit Einstellung des Bußgeldverfahrens zulässig.
10. Die Dauer der Fahrtenbuchaufgabe liegt im Ermessen der Verwaltungsbehörde.
11. Gem. § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO kann die Führung eines Fahrtenbuchs für mehrere Fahrzeuge oder zukünftig zuzulassende Fahrzeuge angeordnet werden.

12. Oftmals wird bei der Fahrtenbuchauflage zugleich die sofortige Vollziehbarkeit angeordnet.
13. Gegen eine Fahrtenbuchanordnung ist – ggf. nach Widerspruch – die Anfechtungsklage statthaft.
14. § 31a Abs. 2 Nr. 1 bis 3 StVZO regelt, wann und welche Eintragungen im Fahrtenbuch vorzunehmen sind; nach Abs. 3 besteht die Pflicht zur Vorlage des Fahrtenbuches und zur Aufbewahrung für sechs Monate nach Ende der Aufzeichnungspflicht.
15. Bei rechtskräftiger oder vollziehbarer Anordnung zur Fahrtenbuchführung wird ein Verstoß gem. § 69a Abs. 5 Nr. 4 und 4a StVZO als OWi geahndet.

Literaturhinweise: **Bottke**, Rechtsprobleme bei der Auflage eines Fahrtenbuches, DAR 1980, 238; **Brandmair**, Fahrtenbuchauflage – Halterhaftung durch die Hintertür?, NZV 2023, 32; **Burhoff**, Die Fahrtenbuchauflage in der Praxis, VA 2006, 125; **Dingeldey**, Der Schutz der strafprozessualen Aussagefreiheit durch Verwertungsverbote bei außerstrafrechtlichen Aussage- und Mitwirkungspflichten, NStZ 1984, 529; **Fromm**, Die Abrechnung der anwaltlichen Tätigkeit zur Abwendung einer Fahrtenbuchauflage gem. § 31a StVZO, JurBüro 2017, 341; *ders.*, Fahrtenbuchauflage gem. § 31a StVZO nach Geschwindigkeitsüberschreitungen mit Firmenfahrzeugen – Checkliste, DAR 2017, 490; **Gehrmann**, Die verkehrsrechtliche Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuches, zfs 2002, 213; **Himmelreich**, Auflage eines Fahrtenbuches unter besonderer Berücksichtigung des Aussage- und Zeugnisverweigerungsrechtes, NJW 1975, 1199; **Kabus**, Fahrtenbuchauflage bei Verstößen im ruhenden Verkehr: Gilt die alte Formel noch?, DAR 2022, 175; **Koehl**, Fahrtenbuchauflage – Halterhaftung durch die Hintertür?, DAR 2023, 53; Effektiver Rechtsschutz gegen Auferlegung eines Fahrverbotes, NZV 2008, 169; **Liemen**, Die Rechtsprechung zur Verhängung und Androhung von Fahrtenbuchauflagen, DAR 1981, 40; **Melkos**, Fahrtenbuchauflage bei Aussichtslosigkeit der Ermittlung eines im Ausland wohnenden Fahrzeugführers, DAR 2016, 234; **Proca**, Fahrtenbuchauflage – Halterhaftung durch die Hintertür, DAR 2023, 611; **Rebler**, Die Anordnung eines Fahrtenbuches nach § 31a StVZO, DAR 2017, 105; **Stollenwerk**, Anordnung einer Fahrtenbuchauflage, DAR 1997, 459; *ders.*, Fahrtenbuchauflage: Sofortvollzug bei Wiederholungsgefahr, VD 2001, 53; **Winter**, Voraussetzungen einer Fahrtenbuchauflage, DAR 2013, 290; **Wysk**, Die Fahrtenbuchauflage als Instrument der Gefahrenabwehr, ZAP F. 9, S. 417.

1313

1.a) Die Verwaltungsbehörde kann einen Fahrzeughalter gem. § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO verpflichten, ein Fahrtenbuch zu führen, wenn die Feststellung eines Fahrzeugführers nach einer Zuwiderhandlung gegen Verkehrsvorschriften nicht möglich war. Rechtsgrundlage dafür ist § 6 Abs. 1 Nr. 2c StVG (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2021, 438 [auch zur Einhaltung des Zitiergebots gam. Art 80 Abs. 1 GG]).

1314

b) Die Anordnung liegt im **Ermessen** der Behörde. Je gravierender der unaufgeklärte Verstoß und je geringer die Mitwirkung des Halters bei der Sachverhaltsermittlung sind, desto geringere Anforderungen sind an die Darlegung der Ermessenserwägungen zu stellen (VGH Baden-Württemberg NZV 2014, 426).

1315

👉 Der Halter muss im OWi-Verfahren **nicht** auf die Möglichkeit einer Fahrtenbuchauflage, wenn er als Betroffener oder Zeuge gehört wird (OVG Niedersachsen zfs

2005, 270) bzw. erst recht nicht auf die mögliche Dauer der Auflage (VGH Baden-Württemberg zfs 2015, 660) **hingewiesen** werden.

- 1316** Hat der Fahrzeughalter nach der Verkehrszuwerdung **organisatorische Maßnahmen ergriffen**, die geeignet sind, bei zukünftigen Verstößen die Ermittlung des verantwortlichen Fahrzeugführers zu erleichtern, kann das im Rahmen der **Ermessensausübung** einer Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches entgegenstehen (vgl. OVG Baden-Württemberg NZV 2002, 431). Dazu reicht es aber nicht aus, dass der Halter zusagt, er werde sich fortan so verhalten, dass eine Fahrtenbuchauflage nicht erforderlich sei (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 14.10.2020 – 9 A 2969/19).
- 1317** c) Die Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuches ist eine **verwaltungsrechtliche Maßnahme zur Gefahrenabwehr**. Sie verstößt nicht gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2011, 470 = DAR 2011, 426 = VRS 12, 58). Ob die Fahreridentifikation möglich ist, hängt sehr häufig von den Angaben des Fahrzeughalters ab. Wenn er die Fahrtenbuchauflage vermeiden möchte, muss er an der Aufklärung der Tat mitwirken. Das hat Auswirkungen auf die Verteidigung. Das Prinzip „Schweigen ist Gold“ gilt vor diesem Hintergrund nur eingeschränkt.

☝ Auch wenn die Fahrtenbuchauflage **keinen Strafcharakter** hat, wird sie gleichwohl von den meisten Haltern als Strafe empfunden. Denn das Ausfüllen des Fahrtenbuches ist lästig und führt zur einer vielleicht unerwünschten Kontrolle durch Dritte, wenn das Fahrtenbuch im Handschuhfach aufbewahrt wird. Andererseits wird der Mandant nicht wollen, die Möglichkeit einer Einstellung des Bußgeldverfahrens vor-schnell dadurch zu verbauen, dass der Fahrer namentlich benannt wird.

- 1318** **2. Adressat** der Fahrtenbuchauflage kann nur der **Halter eines Kfz** sein.

☝ In Betracht kommt an sich jedes Kfz, also auch **Motorräder**. Allerdings ist es unverhältnismäßig, das Führen eines Fahrtenbuches für einen **Lkw** anzuordnen, der gem. § 57a Abs. 1 StVZO mit einem **Fahrtenschreiber** ausgerüstet ist (OVG Sachsen NJW 2011, 471 = NZV 2011, 270 = DAR 2011, 43).

- 1319** **a) Halter** im Rechtssinne ist, wer das Kfz für eigene Rechnung gebraucht, wer also die Kosten bestreitet sowie die Verwendungsnutzung zieht und über das Fahrzeug nicht nur vorübergehend verfügen kann (BGH NJW 1986, 201; zum Begriff des Halters → *Halterhaftung* [§ 25a StVG], Rdn 2347 m.w.N.; zur **Auslegung** einer versehentlich gegen den RA des Halters gerichteten Anordnung siehe VGH Hessen zfs 2020, 58). Der im Zivilrecht geprägte Halterbegriff (Haftung gem. § 7 StVG) ist auch für den Tatbestand des § 31a StVZO entscheidend (VGH Baden-Württemberg NZV 1998, 47; OVG Nordrhein-Westfalen NJW 2014, 2811 = zfs 2014, 537 = NZV 2015, 55). Der Halter muss deshalb keineswegs zwin-

gend derjenige sein, auf den das Fahrzeug zugelassen ist. Dieser Umstand ist – wie auch die Eigentümerschaft – nur von (indes gewichtiger) **indizieller Bedeutung**, kann aber bei der Gesamtwürdigung im Einzelfall ausschlaggebend sein (VGH Baden-Württemberg, a.a.O.; VG Minden, Beschl. v. 4.6.2020 – 2 L 156/20). Denn es obliegt dem Betroffenen unter dem Gesichtspunkt der Prozessförderungspflicht, diese Indizwirkung substantiiert zu entkräften (OVG Niedersachsen zfs 2016, 417; vgl. NZV 2014, 485).

b) Der Verleiher verliert die Haltereigenschaft erst, wenn das Fahrzeug völlig seinem Einflussbereich entzogen ist (OVG Niedersachsen zfs 2008, 356). Bei Überlassung eines **Dienstwagens** bleibt der Arbeitgeber grds. Halter des Kfz, jedenfalls soweit der Arbeitnehmer wegen der privaten Nutzung die Kosten nicht in wesentlichem Umfang trägt (OVG Berlin-Brandenburg NJW 2010, 2743 = NZV 2010, 591; VG Stuttgart zfs 2019, 535). Beim Leasing ist i.d.R. der **Leasingnehmer** alleiniger Halter des Leasingfahrzeugs (BGH NJW 1986, 1044; OVG Nordrhein-Westfalen NJW 2014, 2811 = zfs 2014, 537 = NZV 2015, 55), anders bei einer **gewerblichen Autovermietung** (dazu OVG Hamburg DAR 2021, 581 m. Anm. *Pliefke*).

1320

☞ *Gebhardt* weist zutreffend darauf hin, dass die Halterbestimmung **problematischer** sein kann, als es auf den ersten Blick erscheint (§ 10 Rn 53). Beispielsweise können Eltern von Studenten trotz Eintragung im Fahrzeugschein nur Scheinhalter sein, wenn das Kfz weder von den Eltern finanziert wird noch deren tatsächlicher Verfügungsgewalt unterliegt (BGH DAR 1997, 108; OVG Niedersachsen NZV 2014, 485). Doch selbst wenn die Eltern die fixen Kosten für Versicherung und Steuern tragen, kann die alleinige Haltereigenschaft übergegangen sein, wenn aufgrund eines Leihvertrags das Fahrzeug für einen längeren Zeitraum zur ausschließlichen Nutzung überlassen wird (OLG Hamm DAR 1978, 111 [Leihvertrag über 3 Monate]; s. auch OVG Nordrhein-Westfalen, a.a.O.).

Überlässt der Halter das Kfz indes erst **nach bestandskräftiger** Fahrtenbuchauflage dauerhaft an einen Dritten, bleibt er weiterhin verpflichtet, für die ordnungsgemäße Führung des Fahrtenbuchs Sorge zu tragen und dies gegenüber der Behörde nachzuweisen (OVG Baden-Württemberg DAR 2006, 168).

3.a) Die **Zuwerdung** ist zwingende Voraussetzung für die Fahrtenbuchanordnung. Der Halter kann also beispielsweise die **Geschwindigkeitsmessung beanstanden**. Wie im Bußgeldverfahren ist die Prüfung auf Fehler bei standardisierten Messverfahren aber nur erforderlich, wenn im Einzelfall dazu konkrete Veranlassung besteht und insoweit **substantiiert vorgetragen** wird (VGH Baden-Württemberg NJW 1992, 132; zfs 2014, 654; OVG Niedersachsen zfs 2021, 177; OVG Nordrhein-Westfalen NJW 1995, 3335; OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20.6.2023 – 7 B 10360/23, NJW 2023, 3661 = zfs 2023, 655; zum Zeitpunkt des Vorbringens: OVG Saarland, Urt. v. 6.10.2021 – 1 A 8/21, zfs 2022, 60 [Ls.]; → *Geschwindigkeitsüberschreitung, Messverfahren, Allgemeines*, Rdn 1936 ff.).

1321

☝ Der Einwand, die Geschwindigkeitsmessung mit einem standardisierten Messverfahren sei nicht verwertbar, weil der der **Zugang zu bei der Bußgeldstelle gespeicherten Daten verwehrt** wurde, setzt voraus, dass der Betroffene zuvor **alles Zumutbare unternommen** hat, um den gewünschten Zugang zu erhalten (BVerwG, Urt. v. 2.2.2023 – 3 C 14:21, zfs 2023, 414 = DAR 2023, 345 m. Anm. *Niehaus*; OVG Niedersachsen, Beschl. v. 22.12.2022 – 12 ME 115/22, NZV 2023, 334 = zfs 2023, 359; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 6.10.2023 – 8 B 960/23, zfs 2023, 716).

- 1322** **b)** Unter **Beachtung** des **Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes** setzt die Fahrtenbuchaufgabe die **Verletzung** von **Verkehrsvorschriften** in **nennenswertem Umfang** voraus, und zwar durch den **Fahrzeugführer** (OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 10.3.2016 – 7 A 10831/15.OVG). Ein einmaliger und unwesentlicher Verstoß, der sich weder verkehrgefährdend auswirkte noch Rückschlüsse auf die charakterliche Unzuverlässigkeit des Kraftfahrers zulässt, rechtfertigt die Fahrtenbuchaufgabe daher nicht (BVerwG NJW 1979, 1054; 1995, 2866). **Unwesentlich** sind Verstöße i.d.R., wenn sie mit einem Verwarnungsgeld abgegolten werden können oder im ruhenden Verkehr begangen wurden. Im Einzelfall oder bei wiederholter Begehung kommt die Anordnung einer Fahrtenbuchaufgabe aber auch bei unwesentlichen Verstößen sehr wohl in Betracht (BVerwG NJW 1979, 1054; bei Parkverstößen: OVG Nordrhein-Westfalen zfs 1984, 223; VG Berlin, Urt. v. 15.6.2005 – VG 11 A 301.05; VG Mainz, Beschl. v. 2.3.2022 – 3 L 68/22.MZ, DAR 2022, 586; a.A. mit überzeugender Argumentation *Kabus*, DAR 2022, 175).

☝ Ein **Verwertungsverbot** wegen verdachtsunabhängiger Aufzeichnung des Straßenverkehrs (VKS-Abstandsmessung) im OWi- oder Strafverfahren soll die Rechtmäßigkeit der Anordnung **nicht** berühren (OVG Niedersachsen zfs 2010, 477 = DAR 2010, 407 = VRR 2010, 356 mit zutreffender Kritik von *Deutscher*; a.A. als Vorinstanz VG Oldenburg VRR 2010, 198 = VA 2010, 66; vgl. zu § 4 Abs. 3 S. 2 StVG a.F. [Bindungswirkung im Punktesystem] OVG Niedersachsen NJW 2010, 1621 = zfs 2010, 295 = DAR 2010, 409).

- 1323** **Wesentliche Verkehrsverstöße** können auch bei **einmaliger Begehung** die Fahrtenbuchaufgabe rechtfertigen. Nach der Rechtsprechung des BVerwG kann dazu ausreichen, dass die Ahndung nach der Anl. 13 zu § 40 FeV lediglich **1 Punkt** zur Folge hat (BVerwG NZV 2000, 386; zfs 2015, 594 = NZV 2016, 493 = DAR 2016, 154; VGH Baden-Württemberg zfs 2014, 237 = NZV 2014, 188; DAR 2014, 103; OVG Nordrhein-Westfalen zfs 2016, 359 = NZV 2016, 295; OVG Sachsen-Anhalt DAR 2020, 647). Das ist bspw. bei einem Verstoß gegen das Überholverbot nach Zeichen 276 der Fall. Denn ein solcher Verstoß führe stets zu mindestens 1 Punkt und sei deshalb bereits nach der Wertung des Verordnungsgebers generell gewichtig (BVerwG NJW 1995, 2866; VGH Bayern,

Beschl. v. 13.10.2022 – 11 CS 22.1897; vgl. auch VG Neustadt, Beschl. v. 12.4.2010 – 3 L 281/10.NW; VG Saarlouis, Beschl. v. 9.1.2020 – 5 L 17170/19; vgl. VGH Baden-Württemberg NZV 2014, 426 [Verkehrsunfallflucht]).

☞ Voraussetzung für die Fahrtenbuchaufgabe ist jedenfalls **nicht**, dass eine **konkrete Verkehrsgefährdung** für andere Verkehrsteilnehmer hervorgerufen wurde. Die abstrakte Gefährlichkeit eines Verkehrsverstößes reicht aus (BVerwG NJW 1979, 1054; 1995, 2866; NZV 2000, 386).

Im Unterschied dazu sieht die BKatV bei **geringeren Geschwindigkeitsübertretungen** lediglich ein Verwarnungsgeld vor. Geschwindigkeitsverstöße sind also **nicht generell gewichtig**. Anders bei eintragungspflichtigen Verstößen: Im Anschluss an die Rspr. des BVerwG lassen die Fachgerichte jede Geschwindigkeitsübertretung von mehr als 20 km/h für eine Fahrtenbuchanordnung ausreichen (vgl. u.a. OVG Niedersachsen NJW 2004, 1124; OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2006, 223 = zfs 2006, 234 = DAR 2006, 172; VG Berlin NZV 1999, 104; VG Mainz zfs 2006, 302).

1324

☞ Die (kostenpflichtige!) **Androhung** eines Fahrtenbuchs ist demgegenüber schon bei einem minder schweren Verkehrsverstoß **zulässig**. Nach Auffassung des OVG Nordrhein-Westfalen hindert der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei einem Verkehrsverstoß geringen Gewichts zwar die Anordnung einer Fahrtenbuchaufgabe, aber nicht deren Androhung als weniger belastende Maßnahme (NZV 2009, 104 = DAR 2009, 477 = VRR 2009, 77 [bei einer Geschwindigkeitsübertretung um 18 km/h]).

4. Eine konkrete **Wiederholungsgefahr** ist für die Fahrtenbuchaufgabe **nicht** erforderlich. Die Anordnung ist bereits wegen der abstrakten Gefahr gerechtfertigt, dass mit dem Fahrzeug und nicht notwendigerweise auch vom Halter ein weiterer Verstoß begangen wird (BVerwG NJW 1989, 2704; VGH Baden-Württemberg NZV 1998, 126; OVG Hamburg DAR 2021, 708). Deswegen ist es auch irrelevant, wenn der Täter mittlerweile verstorben ist (OVG Sachsen DAR 2012, 718).

1325

5. Weitere Voraussetzung für die Fahrtenbuchaufgabe ist, dass die **Ermittlung des Fahrers nicht möglich** war (§ 31a Abs. 1 S. 1 StVZO; dazu ausf. *Melkos* DAR 2016, 234; → *Halterhaftung* [§ 25a StVG], Rdn 2347, 2355).

1326

☞ § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO stellt allein darauf ab, ob die Identität des Fahrers ermittelt werden konnte und nicht darauf, ob die Ahndung des Fahrers möglich war. Benennt der Halter eine im Ausland lebende Person mit Kontaktdaten und überreicht im Bußgeldverfahren Fotos von dieser Person, wird das Verfahren häufig eingestellt. Das Ausbleiben einer Verurteilung rechtfertigt für sich genommen kein Fahrtenbuch (VGH Bayern, Urt. v. 1.4.2019 – 11 B 19.56, zfs 2019, 355).

- 1327 a)** Weshalb die Feststellung des Fahrzeugführers ausgeblieben ist, wird ex ante **aus Sicht der Bußgeldstelle** beurteilt. Bei einer Einstellung des Verfahrens ist also maßgeblich, mit welcher Begründung das Verfahren beendet wurde. Erfolgt die Einstellung erst später durch das Gericht oder wird der Betroffene mangels hinreichender Überzeugung von der Täterschaft freigesprochen, ist allein die **gerichtliche Beurteilung maßgeblich** (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 11.11.2015 – 8 A 1846/15). In diesem Fall ist es also unerheblich, ob die Bußgeldstelle zuvor noch meinte, der Fahrer sei hinreichend sicher identifiziert. Wird das Verfahren bereits von der Bußgeldbehörde eingestellt, soll einem Fahrtenbuch nicht entgegenstehen, dass zuvor ein Bußgeldbescheid erlassen worden war und die Einstellung später vor Abgabe an das AG wegen Zweifeln an der Täterschaft erfolgte (VG Freiburg DAR 2020, 523).

☞ Bei der **Auswertung des Messfotos** im Hinblick auf die Identifizierung steht der Bußgeldstelle ein **Beurteilungsspielraum** zu, der erst überschritten ist, wenn sich aufgrund der Qualität des Fotos und der übrigen Erkenntnisse die Täterschaft hätte aufdrängen müssen (OVG Niedersachsen zfs 2013, 236 = NZV 2013, 257 = DAR 2013, 405; dazu auch noch VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 16.7.2014 – 10 S 1256/13 [japanischer Fahrer]).

- 1328 b)** Der **maßgebliche Zeitpunkt** wird von der **Verjährungsfrist** für die Verfolgung der OWi bestimmt. Wird der Fahrer erst danach ermittelt, verbleibt es bei der Unmöglichkeit der Fahrerfeststellung i.S.d. § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO (VGH Baden-Württemberg NJW 2011, 628 = zfs 2011, 117 = NZV 2011, 270 = DAR 2011, 100; VGH Bayern NZV 1998, 88 = DAR 1998, 246; OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2018, 342 m. Anm. *Kratzer*; VG Freiburg, Beschl. v. 22.12.2008 – 1 K 1580/08; VG Oldenburg zfs 2020, 238 [Ls.]; → *Verjährung, Allgemeines*, Rdn 3855). Der tatsächliche Fahrer kann im Bußgeldverfahren selbstverständlich nicht auf die Verfolgungsverjährung „verzichten“, um die Fahrtenbuchauflage gegen den Halter abzuwenden (OVG Berlin-Brandenburg NZV 2009, 103).

- 1329 c)aa)** Die Unmöglichkeit ist nicht im naturwissenschaftlichen Sinn zu interpretieren und bedeutet auch nicht, dass die Identifizierung des Fahrers schlechterdings und unter allen Umständen nicht erreichbar gewesen sein konnte. Es handelt sich vielmehr um ein **normatives Merkmal**.

☞ Die Feststellung des Fahrzeugführers i.S.d. § 31a StVZO ist nicht **möglich**, wenn der Täter nicht zu ermitteln war, obwohl die Behörde (Bußgeldstelle) **alle angemessenen und zumutbaren Maßnahmen** ergriffen hat. Dazu zählen alle Ermittlungen, die in sachgerechtem und rationellem Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel nach pflichtgemäßem Ermessen durchzuführen sind, soweit sie der Bedeutung des aufzuklärenden Verkehrsverstößes gerecht werden und erfahrungsgemäß Erfolg haben

können (BVerwG NJW 1983, 1811; NJW 1988, 1104; Beschl. v. 18.7.1995 – 11 B 30.95; VGH Baden-Württemberg DAR 2008, 278; zfs 2007, 595; OVG Bremen NZV 2007, 644 = VRS 113, 392; OVG Nordrhein-Westfalen zfs 2006, 234 = NZV 2006, 223 = DAR 2006, 172).

bb) Anders als im Strafrecht sind im Bußgeldverfahren wegen des Verhältnismäßigkeits- und Opportunitätsgrundsatzes (§ 47 Abs. 1 S. 1) grds. eher **geringe Anforderungen** an den gebotene und angemessene Ermittlungsumfang zu stellen.

1330

Dazu folgende Beispiele:

1331

- Die Beschaffung von Vergleichsbildern für am Wohnsitz der Halterin gemeldete **Familienmitglieder** ist geboten, wenn sich die Halterin auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht beruft (OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. V. 31.5.2023 – 8 A 2361/22, zfs 2023, 480 [Ls.]).
- Ist der auf dem **Messfoto** abgelichtete Beifahrer namentlich bekannt, ist er als Zeuge zu vernehmen (VGH Bayern zfs 2016, 297 = DAR 2016, 286).
- Die Halterin ist als Zeugin zu vernehmen, wenn sie als Täterin nicht in Betracht kommt, weil auf dem **Messfoto** unzweideutig ein Mann als Fahrer abgelichtet ist (VGH Baden-Württemberg NJW 2009, 3802 = zfs 2009, 596 = NZV 2010, 53 = DAR 2009, 597).
- **Ermittlungen im Ausland** nach einem dort lebenden Tatverdächtigen sind grds. Nicht geboten (OVG Niedersachsen, Beschl. v. 8.7.2023 – 12 ME 77/23).
- **Vertauscht** die Bußgeldbehörde **Vor- und Nachnamen** des benannten Fahrers und erhält deshalb kein Vergleichsbild von der Meldebehörde, sind die Ermittlungen unzureichend (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 3.5.2023 – 8 B 185/23).
- Wird der eineiige **Zwillingsbruder** als Fahrer benannt, ist die Einholung eines morphologischen Gutachtens nicht erforderlich (OVG Rheinland-Pfalz VRR 2007, 238 = zfs 2007, 540).
- Geboten ist aber, den Zwillingsbruder zu dem Verkehrsverstoß anzuhören ist, wenn ein Ausschluss nicht bereits durch das Messfoto erfolgen kann (VG Düsseldorf, Urt. v. 16.7.2014 – 6 K 4161/13).

c)aa) Zum gebotenen Ermittlungsaufwand, den § 31a StVZO verlangt, gehört bei **privat genutzten Kfz** grds., dass der Halter unverzüglich – i.d.R. innerhalb von **zwei Wochen** – von der Zuwiderhandlung in Kenntnis gesetzt wird, damit er die Frage, wer zur Tatzeit sein Fahrzeug geführt hat, noch zuverlässig beantworten und der Täter Entlastungsgründe vorbringen kann (BVerwG NJW 1979, 1054; VGH Bayern zfs 2016, 297 = DAR 2016, 286; OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2017, 344 = VA 2017, 122 = zfs 2017, 479; OVG Saarland, Beschl. v. 18.7.2016 – 1 B 131/16; VG Frankfurt am Main DAR 2007, 42 m. Anm. *Willems*; VG Saarlouis zfs 1995, 158; VG Trier DAR 2015, 221; für **gewerb-**

1332

lich genutzte Kfz Rdn 1353 ff.). Ist das Fahrzeug nicht auf den Halter angemeldet, muss er sich die Anhörung der im Fahrzeugregister eingetragenen Person zurechnen lassen (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 8.8.2022 – 8 B 691/22, NJW 2022, 2703).

☞ Die Anordnung ist **keineswegs stets rechtswidrig** ist, wenn der Halter erst nach Ablauf von 2 Wochen von dem Verstoß erfährt. Denn es handelt sich um kein formales Tatbestandskriterium und damit um keine starre Frist (OVG Nordrhein-Westfalen DAR 2014, 282 [Überschreitung des 2-Wochen-Zeitraums um wenige Tage]; NJW 1995, 3335).

- 1333 bb)** Beruft sich der Halter auf eine **fehlende Erinnerung**, obliegt es der Behörde, die **rechtzeitige Information des Halters** über die Zuwiderhandlung **zu beweisen** (VGH Bayern zfs 2016, 297 = DAR 2016, 286; OVG Hamburg DAR 2021, 708; OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 27.9.2022 – 3 M 69/22, DAR 2023, 50). Dafür gilt indes eine Reihe von **Einschränkungen**. Zudem entfällt diese Darlegungs- und Beweisspflicht der Behörde, wenn sich die verspätete Anhörung **nicht kausal** auf die Mitwirkung des Halters ist ausgewirkt hat (Rdn 1340 ff.).
- 1334 cc)** Hat der Halter den Anhörungsbogen nicht zurückgesandt, ist der Zugangsnachweis kaum zu erbringen, weil Anhörungsbögen im OWi-Verfahren mit einfacher Post verschickt werden. Das OWiG sieht dafür **keine Zugangsvermutung** vor. Auf § 41 Abs. 2 VwVfG kann nicht zurückgegriffen werden, weil die Anwendung bei der Verfolgung und Ahndung von OWi in § 2 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG ausdrücklich ausgeschlossen ist (**str.**, wie hier VGH Bayern zfs 2016, 297 = DAR 2016, 28; OVG Hamburg DAR 2021, 708; im Ergebnis ebenso VerfGH Berlin zfs 2011, 416 = DAR 2011, 387 = VRR 2011, 311; VG Frankfurt am Main DAR 1991, 314; *Wysk* ZAP F. 9, S. 417, 419 m.w.N.). Zudem ist das Anhörungsschreiben kein Verwaltungsakt (*Haus* zfs 2015, 474).
- 1335** Deshalb beschreiten die Gerichte andere Wege, um von der rechtzeitigen Kenntnisnahme des Halters ausgehen zu können. Als Nachweis für den Zugang soll ausreichen, dass (lediglich) die **Versendung nachgewiesen** wird. Dazu wird die Statistik bemüht und behauptet, es widerspräche „jeder Wahrscheinlichkeit“, dass nacheinander **mehrere Behörden schreiben** verloren gehen, außerdem seien „die Grundsätze“ des § 41 Abs. 2 VwVfG sinngemäß auf einfache Schreiben der Verwaltungsbehörde übertragbar (OVG Niedersachsen, Beschl. v. 10.3.2006 – 12 ME 48/06 [drei Schreiben, deren Versendung erwiesen ist/sein soll]; VG Oldenburg zfs 2011, 596; ähnl. OVG Berlin-Brandenburg VRR 2013, 359 [zwei Schreiben]; zur Bewertung des behaupteten Nichtzugangs mehrere Schreiben im Revisionsverfahren BVerwG DAR 2016, 340).
- 1336** Diese Auffassung begegnet mehreren Einwenden. Das **BVerfG** hat nämlich bereits im Ur. v. 10.2.1995 festgestellt (NJW 1995, 2095): „*Es besteht keine Vermutung für den Zugang einer formlos übersandten Abschrift ..., da Postsendungen verloren gehen kön-*

nen.“ Und es gibt keinen gefestigten Erfahrungssatz, wonach es sich bei Fehler in der Zustellung stets um singuläre Ereignisse handelt (eher im Gegenteil). Die Zugangsfiktion in § 41 Abs. 2 VwVfG enthält keinen allg. Rechtsgedanken, der auf andere Verfahrensarten übertragbar ist, sondern eine Ausnahme für die Bekanntmachung von Verwaltungsakten; wegen § 2 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG scheidet eine Analogie aus (so auch VG Bayreuth, Beschl. v. 20.4.2015 – B 1 K 14.624).

Nach dem VGH Bayern könne die Behörde *„ihrer Beweispflicht hinsichtlich des Zugangs nach den Grundsätzen des **Beweises des ersten Anscheins** genügen, wenn sie Tatsachen vorträgt, aus denen nach allgemeiner Lebenserfahrung geschlossen werden kann, dass der Empfänger einen Bescheid oder ein Schreiben tatsächlich erhalten haben muss“* (VGH Bayern zfs 2016, 297 = DAR 2016, 286 m.w.N.). Dazu reiche es aus, wenn die Schreiben der Behörde korrekt adressiert und nicht in Rücklauf gekommen seien. Dieser Beweis werde nicht entkräftet, weil die Halterin den Erhalt „lediglich pauschal bestritten und keinen atypischen Geschehensablauf schlüssig vorgetragen“ habe, aus dem sich ergäbe, dass die Schreiben im Postbetrieb verloren gegangen sein könnten. Gegen diese Auffassung spricht allerdings, dass es dem Halter nicht zwingend möglich sein muss, Fehler bei der Post oder einem anderen Zusteller schlüssig vortragen zu können. Überdies stellt sich der VGH Bayern damit ebenfalls gegen die Rspr. des BVerfG (NJW 1995, 2095).

1337

Nicht selten wird die Behauptung, das oder die Anhörungsschreiben nicht erhalten zu haben, im Wege der **freien Beweiswürdigung** gem. § 108 Abs. 1 VwGO als **un glaublich** oder als **Schutzbehauptung** bewertet, und zwar mit Indizien, die sich aus dem Verfahrensablauf ergeben (sollen). So soll es „nahegelegen [haben], sofort (ggf. telefonisch) mit der Ordnungswidrigkeitenbehörde Kontakt aufzunehmen“, wenn in einem späteren Schreiben auf ein früheres, vom Halter nicht erhaltenes Schreiben Bezug genommen wird (OVG Niedersachsen, Beschl. v. 6.4.2010 – 12 ME 47/10). Warum das nahe liegen soll, erschließt sich indes nicht. Denn wer die feinzisierte Rspr. zur Beweiserleichterung für die Verwaltungsbehörde nicht kennt, wird die Brisanz dieser Bezugnahme verschlossen bleiben und deshalb keinen Anlass zur Nachfrage sehen. Ausreichend dafür soll auch sein, dass die Behörde das Schriftstück richtig adressiert sowie die Übergabe einer Sendung an die Post in geeigneter Weise dokumentiert habe, ein Rücklauf dieser Sendung nicht zu verzeichnen ist und der Betroffene nur schlicht und substanzlos den Zugang des Bescheides oder des Schriftstücks bestreitet, wohingegen ihn andere Schreiben der Behörde an dieselbe Adresse erreicht haben (OVG Hamburg DAR 2021, 708; OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 27.9.2022 – 3 M 69/22, DAR 2023, 50).

1338

Noch weiter geht der VGH Hessen: danach ist die rechtzeitige Kenntnismahme des Halters grds. **keine zwingende Anordnungsvoraussetzung**. Die Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuchs setze nach Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung also *„nicht zwingend voraus, dass dem Halter zumindest ein Anhörungsschreiben im Sinne des § 55 Abs. 1 OWiG*

1339

nachweisbar zugegangen ist und er es tatsächlich zur Kenntnis genommen hat“ (NJW 2005, 2411 = VRR 2005, 237 = DAR 2006, 290; s. a. *Winter* DAR 2013, 290). Diese Auffassung ist m.E. nicht mit der Rspr. des BVerwG in Einklang zu bringen (BVerwG NJW 1979, 1054).

- 1340 dd)** Das Ob und Wann einer etwaigen Kenntnisnahme über den Vorfall ist jedenfalls **mangels Kausalität ohne Relevanz**, wenn der Halter im OWi-Verfahren keine oder keine tauglichen Angaben machen wollte oder konnte (vgl. OVG Schleswig-Holstein zfs 2021, 719). Die erste Variante betrifft den Fall, dass er sich im OWi-Verfahren auf sein **Aussage- oder Zeugnisverweigerungsrecht beruft**. Denn damit bringe er zum Ausdruck, dass er sich generell weigert, an der Aufklärung mitzuwirken, weshalb weitere Ermittlung des Fahrers für die Behörde nicht geboten sind (OVG Niedersachsen zfs 2007, 119; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 12.10.2020 – 8 E 785/20; NZV 2012, 148; OVG Saarland VRR 2007, 363 [Ls.] = VA 2007, 204 [Ls.]; VG Braunschweig NZV 2006, 55; VG Mainz zfs 2006, 302). Ergibt sich aus den Angaben des Halters, dass er den **Namen des Fahrers nicht kennt** und auch nicht kannte, kann sich die Ermittlungsverzögerung ebenfalls nicht kausal ausgewirkt haben (VGH Bayern, Beschl. v. 13.10.2022 – 11 CS 22.1897).

☝ Der Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuchs kann aber entgegenstehen, dass trotz fehlender Angaben des Halters ein gegen ihn gerichteter Tatverdacht bereits aus anderen Gründen bestanden hat und vor diesem Hintergrund **konkrete Nachermittlungen** der Bußgeldstelle **geboten** waren (VGH Baden-Württemberg NZV 1989, 408; *Gehrmann* zfs 2002, 213). Deshalb ist grds. ein Abgleich des Messfotos mit den Lichtbildern der Meldebehörde vorzunehmen, wenn sich der Halter auf sein Schweigerecht oder auf sein Zeugnisverweigerungsrecht beruft.

- 1341 ee)** Der Zeitpunkt der Halteranhörung soll weiterhin ohne Belang sein, wenn dem Halter eine **Ablichtung des Fahrers** vorgezeigt wird. In diesem Fall sei nicht das Erinnerungsvermögen, das die 2-Wochenfrist rechtfertigt, gefordert, sondern die Identifizierung der abgebildeten Person allein anhand der Fotos (VGH Baden-Württemberg NZV 1999, 224; OVG Niedersachsen zfs 2005, 268; DAR 2005, 231; OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2006, 223 = zfs 2006, 234 = DAR 2006, 172; VG Braunschweig VRR 2006, 77; VG Oldenburg zfs 2011, 596). Allerdings bleiben die veröffentlichten Entscheidungen einer Erklärung schuldig, weshalb angenommen werden dürfe, dass die abgelichtete Person dem Halter tatsächlich bekannt ist oder bekannt sein muss. Schließlich kann das Fahrzeug vom Entleiher an einen – dem Halter unbekannt – Dritten weitergegeben worden sein (*Gübner* VRR 2006, 78 in der Anm. zu VG Braunschweig, a.a.O.; s.a. VG Frankfurt am Main DAR 2007, 42 m. Anm. *Willems*). In neueren Entscheidungen wird bei Vorlage des Messfotos darauf abgestellt, dass der Halter nicht einmal einen möglichen Täterkreis eingegrenzt habe (s. Rdn 1333).
- 1342 ff)** Nach Auffassung des OVG Niedersachsen soll die Kausalität zwischen der verzögerten Anhörung und der Nichtfeststellung des Fahrzeugführers zu verneinen sein, wenn sich

der Fahrzeughalter **nicht bereits im OWi-Verfahren** auf seine fehlende Erinnerung zur Feststellung des Fahrzeugführers berufen hat (DAR 2005, 231; VG Oldenburg zfs 2020, 238 [Ls.]; ähnl. VG Stuttgart NJW 2006, 793). Das kann in dieser Allgemeinheit nicht stimmen. Auch hier muss hinzukommen, dass die erst sehr spät vorgetragene Erinnerungsschwäche kausal auf die Ermittlungen Einfluss nahm, z.B. weil dem Halter anderenfalls das Messfoto vorgelegt worden wäre (so im Ergebnis zutreffend OVG Nordrhein-Westfalen DAR 2014, 282; vgl. OVG Niedersachsen NZV 1999, 486).

d) Es dürfte mittlerweile geklärt sein, dass der Halter über seinen Rechtsbeistand zunächst **Einsicht** in die **OWi-Akte** nehmen darf, wenn er das Messfoto in Augenschein nehmen möchte, um anschließend Angaben zum Fahrer machen zu können (VGH Hessen zfs 2015, 472 [auch zum Akteneinsichtsrecht] m. Anm. *Haus*; VG Sigmaringen DAR 2016, 475; a.A. VG Braunschweig DAR 2007, 165; AG Ellenburg, Beschl. v. 30.8.2023 – 8 OWi 510/23 = zfs 2024, 51 [Messfoto lag dem Zeugen-vernehmungsbogen bereits bei]). Daraus darf nicht der Schluss gezogen werden, der Halter wolle keine Angaben machen. Ist das Messfoto von schlechter Qualität, wird der Halter deswegen nicht von seiner Pflicht befreit, den Kreis der Fahrzeugbenutzer zu bezeichnen (VGH Bayern, Beschl. v. om 8.3.2013 – 11 CS 13.187).

1343

Wird dem Akteneinsichts Antrag **nicht rechtzeitig entsprochen**, beruht die ausgebliebene Fahrerfeststellung auf einem Verfahrensfehler, weshalb die Unmöglichkeit i.S.d. § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO nicht nachweisbar ist (VGH Hessen, a.a.O. [Versendung der Akte erst wenige Tage vor Ablauf der Verjährungsfrist]). Etwas anderes gilt allerdings, wenn sich die verspätete Aktenversendung sich nicht kausal auf das Aussageverhalten des Halters auswirkte, beispielsweise weil ihm das Messfoto bereits vorlag (VG Oldenburg zfs 2011, 596).

1344

☞ Es besteht **keine Pflicht**, bei der Behörde wegen der Akteneinsicht (gar mehrmals) **nachzufragen** (VG Sigmaringen, a.a.O.; vgl. auch VG Frankfurt am Main DAR 2007, 42 m. Anm. *Willems*).

e) Zur Beschränkung des erforderlichen Ermittlungsumfangs und damit im Ergebnis zur Rechtfertigung der Fahrtenbuchauflage wird außerdem das Grundrecht auf **informationelle Selbstbestimmung** bemüht, das den Halter vor Ermittlungen in seinem Umfeld schützen soll, vor allem dann, wenn Nachbarn den Halter auf dem Messfoto als Fahrer und folglich als Täter einer (durchschnittlichen?) OWi „sogar“ erkennen (VG Braunschweig, Urt. v. 17.7.2007 – 6 A 433/06). Dass die Pflicht zur Vorlage eines Fahrtenbuchs gem. § 31a Abs. 2 StVZO gleichsam zu einem – wenn nicht gar gewichtigeren – Grundrechtseingriff führt, wird indes nicht thematisiert. Demgegenüber hat das VG München zutreffend festgestellt, dass bei einem engen Kreis an Tatverdächtigen Ermittlungen beim Melderegister Gründe des **Datenschutzes nicht entgegenstehen** (NZV 2019, 431).

1345

- 1346** **6. Äußert sich der Halter nicht** oder so, dass seine Angaben keinen Anlass zu weiteren Ermittlungen bieten, besteht für die Bußgeldstelle i.d.R. keine Veranlassung, weitere Ermittlungen durchzuführen, was nichts anderes bedeutet, dass allein deshalb die Feststellung des Fahrzeugführers im Rechtssinne nicht möglich ist (VGH Bayern, Beschl. v. 13.10.2022 – 11 CS 22.1897; OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 27.9.2022 – 3 M 69/22, DAR 2023, 50).
- 1347** **a)** Nach der Rspr. der Verwaltungsgerichte folgt die Rechtmäßigkeit der Fahrtenbuchanordnung in diesem Fall aus einer Verletzung der **Mitwirkungspflicht** (VGH Bayern, Urt. v. 18.2.2016 – 11 BV 15.1164 [ohne inhaltlichen Unterschied wird diese Pflicht auch als Obliegenheit bezeichnet]; OVG Hamburg zfs 2016, 720 [Ls.]; OVG Saarland, Beschl. v. 18.7.2016 – 1 B 131/16; **a.A.** OVG Nordrhein-Westfalen DAR 2014, 282). Der Behörde sei es regelmäßig „nicht zuzumuten, wahllos zeitraubende, aber kaum Aussicht auf Erfolg bietende Ermittlungen nach dem Fahrzeugführer zu betreiben“ (so u.a. BVerwG, Urt. v. 17.12.1982 – 7 C 3.80; NJW 1988, 1104; Beschl. v. 1.3.1994 – 11 B 130/93). Dieses Konstrukt der „Verweigeren Mitwirkung“ erscheint indes einerseits dogmatisch verfehlt, andererseits zur Begrenzung der notwendigen Ermittlungen überflüssig.
- 1348** **Dogmatisch problematisch** ist die Annahme, es bestehe für den Betroffenen oder z.B. auch für den zeugnisverweigerungsberechtigten Halter eine Pflicht zur Mitwirkung im Bußgeldverfahren. Richtig ist vielmehr, dass das Schweigerecht wie auch das Recht aus § 52 StPO uneingeschränkt gilt und insofern eine Kollision der Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung gar nicht bestehen kann. Die Mitwirkungspflicht kann erst später im Verwaltungsverfahren entstehen, auch wenn sie dann zur Ermittlung des Fahrers keine Rolle mehr spielt, weil die Unmöglichkeit der Fahrerfeststellung aus der Ex-ante-Sicht der Bußgeldstelle oder des AG bestimmt wird. **Überflüssig** dürfte das Konstrukt sein, weil sich der Umfang gebotener Ermittlungen zur Feststellung der Unmöglichkeit i.S.d. § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO ohnehin nach den gesetzlichen Vorgaben für das OWi-Verfahren zu richten hat. Denn im Verwaltungsverfahren können Ermittlungen nur verlangt werden, die unter Wahrung des Verhältnismäßigkeits- und Opportunitätsgrundsatz (§ 47 Abs. 1 S. 1) erforderlich und zulässig sind.
- 1349** **b)** Nach der Rspr. wirkt es sich für den Halter gleichwohl nicht positiv aus, dass er im Bußgeldverfahren Angaben verweigern durfte. Das gilt sowohl für das **Schweigerecht** des Betroffenen wie für das **Zeugnisverweigerungsrecht** (BVerwG NZV 2000, 385; VGH Baden-Württemberg NJW 1992, 132; NZV 1998, 126; NZV 2009, 104 = DAR 2009, 477 = VRR 2009, 77; Beschl. v. 10.8.2015 – 10 S 278/15; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 7.3.2023 – 8 B 157/23, NJW 2023, 2443 = zfs 2023, 358 [Ls.]; Beschl. v. 12.10.2020 – 8 E 785/20; OVG Niedersachsen DAR 1999, 424; zfs 2007, 119; OVG Sachsen DAR 2012, 718; OVG Sachsen-Anhalt DAR 2020, 647; VG Aachen, Urt. v. 23.6.2008 – 2 K 35/07; *Gehrmann* zfs 2002, 213; zu den verfassungsrechtlichen Bedenken und zur Rspr. des BVerfG *Dingeldey* NStZ 1984, 529). Denn das Zeugnisverweigerungsrecht bewahrt vor einer Aussagepflicht im Verfahren gegen einen Dritten, während der Halter im Verfah-

ren über die Fahrtenbuchauflage gerade Beteiligter ist (OVG Hamburg zfs 2016, 720 [kein Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 GG; verwertbar sind deshalb auch Aufzeichnungen des Zeugnisverweigerungsberechtigten]). All das gilt in gleichem Maße für die Pflicht nach § 31a Abs. 3 StVZO, das Fahrtenbuch zur Prüfung vorzulegen (s. Rdn 1370).

Solche **verwaltungsrechtlichen Fernwirkungen** des Aussageverhaltens sind keineswegs ungewöhnlich. So liegt es z.B. bei § 316 StGB in der Natur der Sache, dass die Angaben des Angeklagten entscheidend sein können, ob später die Neuerteilung der Fahrerlaubnis von einem Fahreignungsgutachten (MPU) abhängig gemacht wird. Der Halter wird also nicht etwa im OWi-Verfahren mit Blick auf das Fahrtenbuch zu einer Aussage „gezwungen“.

1350

☞ Das **Schweigerecht** als verfassungsrechtlicher Schutz vor Selbstbezeichnungen findet nur im Bußgeld- und Strafverfahren Anwendung, aber nicht im Verwaltungsverfahren. Im Verwaltungsrecht versteht es sich von selbst, dass aus dem Schweigen nachteilige Schlüsse gezogen werden dürfen (man denke an die eigene Examensprüfung). Auch bestehen im Verwaltungsverfahren Mitwirkungspflichten, an deren Nichteinhaltung negative Folgen geknüpft werden dürfen (BVerwG NZV 2000, 385; vgl. auch VG Neustadt VRR 2005, 39; s. Rdn 1340).

Auch die **anwaltliche Schweigepflicht** und damit das berufsbezogene Zeugnisverweigerungsrecht stehen der Fahrtenbuchauflage nicht entgegen, wenn der Rechtsanwalt als Halter meint, daran gehindert zu sein, den Fahrer (Mandant) zu benennen (VGH Baden-Württemberg zfs 2009, 417 = VRR 2009, 203 [Ls.]; OVG Niedersachsen NJW 2011, 1620 = NZV 2011, 415 = DAR 2011, 162).

7. Verlässliche Vorhersagen über den Ausgang eines Verwaltungsrechtsstreits sind oftmals **kaum möglich**. Die Verwaltungsgerichte ziehen zur Auslegung zwar identische oder fast identische Obersätze heran, um letztlich aber zu durchaus konträren Ergebnissen zu gelangen. Dazu folgender

1351

Rechtsprechungsüberblick: Mitwirkungspflicht

1352

- An einer (hinreichenden) Mitwirkung fehlt es bereits, wenn es der Halter **unterlässt**, den **Anhörungsbogen** im OWi-Verfahren **zurückzusenden** (OVG Sachsen-Anhalt DAR 2020, 647) oder
 - lediglich Angaben zur Person (OVG Niedersachsen NJW 2004, 1124; 2004, 1125; zfs 2005, 268; 2007, 119) und
 - **keine Angaben zum Personenkreis der Fahrzeugbenutzer** macht (OVG Niedersachsen zfs 2010, 477 = DAR 2010, 407 = VRR 2010, 356; OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2008, 479 = zfs 2008, 539; NZV 2009, 255).
- Zugunsten des Halters wirkt es sich nicht aus, dass er einen Zeugenfragebogen nicht beantwortet, weil das Schreiben den **falschen Hinweis** enthält, als Zeuge sei er zur

Mitwirkung nicht verpflichtet (OVG Niedersachsen DAR 2019, 166), sofern sich die Bußgeldstelle nicht bereits zu weiteren Ermittlungen gedrängt fühlen muss, weil die Person auf dem Messfoto aufgrund Alters, Geschlecht etc. nicht mit dem Aussehen des Halters übereinstimmt.

- Der Halter ist verpflichtet, die Täterfeststellung durch **Nachfragen** im Täterkreis zu fördern (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2009, 255).
- Wird das Fahrzeug einem Bekannten überlassen und ist dem Halter der Name des Fahrers bekannt, reichen bloße Hinweise auf die Identität (z.B. Benennung der Arbeitsstelle) nicht aus (VG Saarlouis, Beschl. v. 8.2.2008 – 10 L 2122/07).
- Ggf. besteht die Pflicht, **Namen und Anschrift** zu beschaffen und mitzuteilen (VGH Bayern, Beschl. v. 6.5.2010 – 11 ZB 09.2947).
- Ist dem Halter nur der Vornahme des Fahrers bekannt und nicht zuverlässig in der Lage, mit ihm Kontakt aufzunehmen, sind die genaue Identität des Fahrzeugführers vor der Überlassung des Fahrzeugs festzustellen und hierüber Notizen zu machen (VGH Bayern, Beschl. v. 6.5.2010 – 11 ZB 09.2947).
- Bei einen bis dahin **Unbekannten** sind vor Überlassung des Kfz. dessen Namen und Anschrift zu notieren (VGH Bayern, Beschl. v. 8.3.2013 – 11 CS 13.187; zfs 2022, 595 [Kfz-Händler]). Das gilt auch für eine **Probefahrt**, wenn der Halter als Beifahrer an der Fahrt teilnimmt; VG Braunschweig NZV2015, 153 [das folge aus der „Aufsichtspflicht“ des Halters]).
- Die **Datenschutzgrundverordnung** steht bei einem Kfz-Händler der Weitergabe von Kundendaten nicht entgegen (VGH Bayern zfs 2022, 595; OVG Hamburg DAR 2021, 581 m. Anm. *Pliefke* [gewerbliche Autovermietung]; OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20.6.2023 – 7 B 10360/23, NJW 2023, 3661 = zfs 2023, 655).

☞ Die gesamte Rspr. zu den angeblichen Erkundigungs- und Aufzeichnungspflichten findet – wie die Mitwirkungspflicht als solche – **keinerlei Grundlage im Gesetz**. Im Ergebnis wird eine Pflicht konstruiert, die erst mit der Fahrtenbuchanordnung entsteht (vgl. VG Sigmaringen DAR 2016, 475).

- Nach VG Stuttgart soll der Halter auch nicht entlastet sein, wenn er den Wagen seinem Sohn überlassen hat und der Sohn die Ermittlung des tatsächlichen Fahrers nicht ermöglicht. Denn aus dem **Vater-Sohn-Verhältnis** ergäben sich „erheblich weiter gehende Aufsichtsmöglichkeiten“ (VG Stuttgart NJW 2006, 793).
Diese Auffassung ist abzulehnen. Denn das VG Stuttgart legt ein Machtverhältnis des Vaters gegenüber seinem – volljährigen! – Sohn zugrunde, das seit Langem nicht mehr in unsere Zeit passt.

- Die Mitwirkungspflicht besteht fort, wenn das **Messfoto**
 - zwar auf einen bereits ermittelten Fahrer hindeutet, aber die Qualität des Fotos keine verlässliche Identifizierung erlaubt (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2008, 536) oder
 - bei einem **schlechten Foto**, wenn die Zwei-Wochen-Frist eingehalten worden ist (VG Neustadt a.d. Weinstraße NZV 2017, 295),
 - der Einwand, die **schlechte Qualität** mache es der Halterin unmöglich, den Fahrer zu identifizieren, ist i.d.R. irrelevant (OVG Saarland, Beschl. v. 24.8.2022 – 1 B 67/22, NJW 2022, 3026 = zfs 2022, 720 [Ls.]).
- Die Mitwirkung ist aber **nicht** bereits deshalb **verweigert**, weil der Halter – irrtümlich – **meint**, zu Angaben über den Fahrer **nicht verpflichtet** zu sein (OVG Niedersachsen, Beschl. v. 24.4.2012 – 12 ME 33/12). Er ist diesem Fall als Zeuge zu vernehmen (so auch VG Osnabrück zfs 2013, 415).
- Auf die fehlende Mitwirkungsbereitschaft darf ebenso wenig geschlossen werden, wenn der Halter zunächst das Messfoto einsehen möchte und deshalb über seinen Rechtsbeistand **Akteneinsicht beantragt**.
Ergeben sich aus der Anhörung des Halters **keine konkreten Anhaltspunkte**, sind nach der Rechtsprechung grds. **keine weiteren Ermittlungen erforderlich** (OVG Bremen NZV 2007, 644 = VRS 113, 392).
- Das gilt auch, wenn feststeht, dass der Halter die Mitwirkung einschränkungslos **verweigert** (einhellige Auffassung, s.u.a. OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2006, 223 = zfs 2006, 234 = DAR 2006, 172 m.w.N.).
- Die Behörde ist dann auch **nicht gehalten**,
 - den Halter nach Einstellung des gegen ihn gerichteten Bußgeldverfahrens anschließend als Zeugen zu vernehmen (BVerwG DAR 1988, 68; a.A. *Stollenwerk* DAR 1997, 459 m. Hinw. auf die ältere Rspr.; → *Halterhaftung* [§ 25a StVG], Rdn 2347) oder
 - im Familien- oder Bekanntenkreis des Fahrzeughalters zu ermitteln (OVG Berlin-Brandenburg NJW 2010, 2743 = NZV 2010, 591).
- **Benennt** der Halter eine oder mehrere **Personen** namentlich, hat die Ermittlungsbehörde dem Hinweis grds. nachzugehen (VG Osnabrück zfs 1997, 159). Das gilt auch für Angaben eines Dritten zum Fahrer (VGH Baden-Württemberg DAR 2008, 278).
- I.d.R. ist der als möglicher Fahrer **Genannte persönlich zu befragen** und dabei in Augenschein zu nehmen, um einen Abgleich mit dem Messfoto vorzunehmen (VGH Baden-Württemberg zfs 2007, 595).
- Bleiben die Ermittlungen der Behörden erfolglos, weil der Halter **falsche** oder zumindest **unzureichende Angaben** zum möglichen Fahrer gemacht hat, ist die Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuchs wegen dessen unzureichender Mitwirkung gerechtfertigt.

tigt (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2008, 52 = VRS 113, 391), insbesondere besteht für die Bußgeldbehörde keine Pflicht, den Halter erneut zur Sache zu vernehmen, wenn

- dem Halter ein Messfoto von guter Qualität vorliegt und die von ihm **benannte Person als Fahrer ausgeschlossen** werden kann (VG Saarlouis, Urt. v. 11.11.2020 – 5 K 715/20) oder
- sich ein Dritter, dem das Fahrzeug geliehen worden war, auf Veranlassung des Halters bei der Bußgeldbehörde meldet und sich zu dem Verstoß bekennt, aber im Abgleich mit dem Messfoto als Fahrer nicht in Betracht kommt (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2020, 543).

■ Die Fahrtenbuchaufgabe ist gerechtfertigt, wenn der Halter die Bußgeldbehörde bewusst in die Irre führt, indem er **wahrheitswidrig die Fahrereigenschaft einräumt** (VG Mainz DAR 2022, 586).

■ Für **im Ausland wohnende Fahrer** gilt:

- **Vagen Angaben**, die umfangreiche Ermittlungen notwendig machen, braucht nicht nachgegangen zu werden (VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 16.7.2014 – 10 S 1256/13 = zfs 2014, 654 [„Fahrer aus Japan“]).
- **Überspannt** werden die Anforderungen an den Halter, wenn die Mitwirkungspflicht verletzt sein soll, weil bei einem konkret bezeichneten Fahrer zwar die **Adresse in Rumänien** mitgeteilt wird, nicht aber die Postleitzahl. So aber VG Düsseldorf mit der schlanken Begründung, der Tatbestand des § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO sei erfüllt, da der Fahrer tatsächlich nicht ermittelt wurde (DAR 2016, 220). Völlig zutreffend hält *Melkos* entgegen, dass die Anordnung ermessensfehlerhaft und obendrein mangels Erforderlichkeit auch unverhältnismäßig ist (VG Düsseldorf DAR 2016, 234).

☝ Nach einhelliger Auffassung ist die Anordnung eines Fahrtenbuches **ermessensfehlerhaft**, wenn der Fahrzeughalter zur Feststellung des Fahrzeugführers das ihm Zumutbare und Mögliche beigetragen hat, die **Ermittlungen** aber gleichwohl **erfolglos bleiben** (VGH Baden-Württemberg NZV 1992, 46; DAR 2008, 278). Das gilt auch für einen außerhalb der EU ansässigen Fahrer, wenn dessen Fahrereigenschaft hinreichend sicher feststeht (VGH Bayern NZV 2022, 447 [Bildabgleich mit einer Passkopie]).

1353 8.a) Wird das Fahrzeug **betrieblich genutzt**, verlangt die Rspr. wird vom Halter eine noch stärkere Mitwirkung. Erfasst werden davon alle Wirtschaftsbetriebe, unabhängig von der Gesellschaftsform, auch Einzelkaufleute.

1354 b)aa) Für diese Halter soll die **2-Wochen-Frist** generell **nicht gelten**. Hier soll es Sache der Betriebsleitung sein, dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen organisatorischen Vorkehrungen auch für die spätere Feststellung getroffen werden, welche Person zu einem bestimmten Zeitpunkt ein bestimmtes Geschäftsfahrzeug benutzt hat (VGH Baden-Württemberg NZV 1999, 224; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 6.10.2023 – 8 B 960/23, zfs

2023, 716; Beschl. v. 10.9.2019 – 8 B 774/19, VRS 137, 12 = NZV 2020, 215 m. Anm. *Brandmair*; VG Düsseldorf, Beschl. v. 25.6.2012 – 6 K 6286/11; VG Oldenburg zfs 2020, 238 [Ls.]; vgl. aber OVG Berlin-Brandenburg NJW 2010, 2743 = NZV 2010, 591).

☞ Diese Dokumentationspflicht bei Firmenwagen soll sogar bei einer **gemischt betrieblichen und privaten** Nutzung bestehen (VGH Baden-Württemberg NJW 2011, 628 = zfs 2011, 117 = NZV 2011, 270 = DAR 2011, 100).

Es soll mittelbar aus den **Buchführungspflichten** nach den §§ 238, 257 HGB folgen und „**sachgerechtem kaufmännischem Verhalten**“ entsprechen, – sämtliche – Geschäftsfahrten längerfristig zu dokumentieren (OVG Nordrhein-Westfalen NJW 1995, 3335). Ist das ausnahmsweise nicht möglich, müsse dies dargelegt werden. Die Argumentation ist zirkulär. Die Anordnung wird nämlich im Ergebnis damit begründet, dass der Halter bislang kein Fahrtenbuch geführt hat, wozu er erst später mit der Anordnung rechtlich verpflichtet wird. Es gibt auch keine entsprechende Kaufmannsgepflogenheit (vgl. VG Sigmaringen DAR 2016, 475). Diese Auffassung ist daher zwar **abzulehnen**, wird aber in der Praxis kaum wegzudiskutieren sein. Dessen ungeachtet leitet das OVG Niedersachsen (zfs 2008, 356) aus den „Buchführungspflichten“ ab, dass die Anordnung bei einem Firmenwagen selbst dann gerechtfertigt ist, wenn die Halterin das Fahrzeug an ein **anderes Unternehmen verliehen** hat und objektiv nicht in der Lage ist, den Fahrer zu benennen. Die Entleiherin müsse grds. angehalten werden, entsprechende Aufzeichnungen über die Nutzung des Wagens zu fertigen.

1355

Auf die angeblichen Buchführungspflichten oder Kaufmannsgepflogenheit **kommt es nicht an**, wenn die Behörde vorhandene und zumutbare **Ermittlungsansätze nicht ergriffen** hat:

1356

- Wird lediglich die „**Seniorchefin**“ befragt, die sich auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht beruft, sind Erkundigungen nach dem vertretungsberechtigten Geschäftsführer und dessen Vernehmung zumutbar (VG Trier DAR 2015, 221).
- Ist allerdings ein Geschäftsführer zu keiner Aussage bereit, ist es nicht erforderlich, nach weiteren potentiell bestellten Geschäftsführern zu forschen, um sie ggf. zeugenschaftlich zu vernehmen (OVG Niedersachsen NZV 2013, 256).
- **Nicht erforderlich** soll aber nach Auffassung des VGH Bayern eine **Recherche im Internet** nach Lichtbildern der in Betracht kommenden Fahrzeugführer sein, solange kein Hinweis des Halters oder andere Anhaltspunkte vorliegen, dass diese Suche „erfolgsversprechend“ sei; u.a. weil nicht alle jur. Personen über einen Internetauftritt verfügen (Beschl. v. 16.4.2015 – 11 ZB 15.171, zfs 2015, 476 [Ls.]). Das dürfte mittlerweile anders zu sehen sein.

Internetrecherchen sind längst polizeilicher Alltag. Ob sich das Unternehmen auf einer Website präsentiert, lässt sich binnen weniger Sekunden klären und kann schon des-

halb nicht unzumutbar sein. Gerade bei solchem Minimalaufwand lässt ein ungewisser Ausgang die Pflicht zur Ermittlung nicht entfallen. Überdies ist die Wahrscheinlichkeit des Ermittlungserfolges recht hoch (vor allem bei kleineren Unternehmen), was wiederum aus dem genannten Alltag der Ermittlungsbehörden unschwer abzuleiten.

☝ Der Unmöglichkeit der Fahrerfeststellung steht entgegen, dass dem Rechtsbeistand des Halters **keine Akteneinsicht** gewährt wird, um das Messfoto in Augenschein nehmen zu können (VG Sigmaringen DAR 2016, 475).

1357 **bb)** Bei **gewerblich genutzten Kfz** ist i.Ü. Folgendes zu beachten:

- Wird der Zeugenfragebogen an eine juristische Person – und nicht an den Geschäftsführer – gesandt, entbindet das die Halterin nicht von den Mitwirkungspflichten (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 10.9.2019 – 8 B 774/19, VRS 137, 12 = NZV 2020, 215 m. Anm. *Brandmair*).
- Dem Halter ist bei einem Dienstwagen das Verhalten des **Mitarbeiters zuzurechnen**, der an der Ermittlung des Fahrers nicht mitwirkt (OVG Berlin-Brandenburg NJW 2010, 2743 = NZV 2010, 591; VG Saarlouis, Urt. v. 11.11.2020 – 5 K 715/20).
- Von einem **gewerblichen Autovermieter** kann die Benennung des Mieters verlangt werden (OVG Hamburg DAR 2021, 581 m. Anm. *Pliefke*; OVG Niedersachsen zfs 2012, 536).
- **Fahrschulfahrzeuge** sind nicht etwa privilegiert; auch insoweit reicht für die Anordnung ein eintragungspflichtiger Verstoß (VGH Baden-Württemberg zfs 2014, 237 = NZV 2014, 188; DAR 2014, 103).
- Fahrzeug eines **Anwaltes** s. Rdn 1349; ob diese „kaufmännischen Pflichten“ auch für Freiberufler gelten sollen, ist offenbar noch nicht entschieden worden.
- Der Fahrtenbuchauflage steht nicht entgegen, dass das Fahrzeug – ein **Lkw** – ohnehin mit einem **digitalen Fahrtenschreiber** ausgestattet ist, jedenfalls wenn nicht angenommen werden kann, dass der Halter bei der Aufklärung zukünftiger Verstöße hinreichend mitwirken wird (OVG Niedersachsen NZV 2020, 439 = zfs 2020, 476; VG Hannover zfs 2020, 239).

1358 **9.** Die **Verhältnismäßigkeit** der Anordnung bleibt gewahrt, wenn seit der Einstellung des Bußgeldverfahrens **längere Zeit vergangen** ist (OVG Niedersachsen NZV 2013, 567 [knapp 18 Monate] = zfs 2014, 58 = VRR 2013, 443). Der **Zeitraum bis zur Beendigung des Bußgeldverfahrens** soll hierfür generell **ohne Belang** sein (BVerwG NJW 1995, 3402 = zfs 1995, 477; OVG Niedersachsen NJW 2014, 1610 = NZV 2014, 384 = DAR 2014, 218 [19 Monate zuzüglich 16 Monate bis zur Anordnung]; DAR 2014, 659). Überzeugend ist das nicht. Für die prognostizierte Gefahr, und nur dann ist die Anordnung überhaupt zulässig, kann es schließlich keinen Unterschied machen, ob das Bußgeldverfahren wegen Überlastung der ordentlichen Gerichte oder im Anordnungsverfahren ver-

zögert wird. Zutreffend ist deshalb bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung auf den **Zeitraum ab Tatbegehung** abzustellen. Anderenfalls droht die Fahrtenbuchanordnung von einem Strafcharakter überlagert zu werden.

10. Die Dauer der Fahrtenbuchaufgabe liegt gleichsam im **Ermessen** der Verwaltungsbehörde und hängt von den konkreten Umständen des Einzelfalls ab. Dabei sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen (BVerwG zfs 2015, 594 = NZV 2016, 493 = DAR 2016, 154; VGH Baden-Württemberg NZV 2003, 399 = DAR 2003, 90; VGH Bayern NJW 2011, 326 = NZV 2011, 271; VGH Mannheim, Beschl. v. 10.5.2023 – 13 S 404/23, NZV 2024, 101 [zugleich auch zur „Gleichbehandlung“]; OVG Niedersachsen NZV 2012, 100 = DAR 2011, 339; NJW 2014, 1610 = DAR 2014, 218 = VA 2014, 66; OVG Nordrhein-Westfalen NJW 1995, 2242 = zfs 1995, 318; OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20.6.2023 – 7 B 10360/23, NJW 2023, 3661 = zfs 2023, 655; VG Saarlouis zfs 2012, 299 m. Anm. Haus):

1359

Kriterien für die Dauer der Fahrtenbuchaufgabe:

1360

- Das **Gewicht der Verkehrszuwerhandlung**,
- **Mitwirkungsbereitschaft** des Halters bei der Fahrerermittlung,
- **Anzahl** der Verkehrsverstöße ohne Ermittlung des Fahrers,
- Organisatorische Maßnahmen des Halters, bei zukünftigen Verstößen die Fahrerermittlung zu vereinfachen oder
- die bereits erfolgte Androhung einer Fahrtenbuchanordnung.
- Bei einem nur **saisonal genutzten Motorrad** kann im Vergleich zu einem Pkw eine **längere Dauer** festgesetzt werden (BVerwG zfs 2015, 594 = NZV 2016, 493 = DAR 2016, 154; so bereits OVG Lüneburg DAR 2014, 659 [15 Monate bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung um 27 km/h]).

☝ Die **Begründung** der Fahrtenbuchanordnung muss **erkennen lassen**, welche Erwägungen in die Bestimmung des Zeitraumes eingestellt worden sind (VGH Bayern NJW 2011, 326 = NZV 2011, 271; VG Saarlouis zfs 2012, 299 m. Anm. Haus). In der Regel orientieren sich die Behörden an (interne) Richtlinien. Wegen Art. 3 GG darf hiervon nur aus sachlichem Grund abgewichen werden (VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 10.5.2023 – 13 S 404/23, zfs 2023, 480 [Ls.]).

Rechtsprechungsbeispiele:

1361

- **6 Monate** bei einem erstmaligen und durchschnittlichen Verstoß (BVerwG NJW 1995, 2866; OVG Niedersachsen NJW 2004, 1124; NZV 2012, 100 = DAR 2011, 399 [von der Behörde waren 9 Monate angeordnet]), Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit außerhalb um 27 km/h (VG Minden, Beschl. v. 4.6.2020 – 2 L 156/20).

- **9 Monate** bei einer Geschwindigkeitsübertretung um 27 km/h auf der Autobahn (OVG Bremen NZV 2007, 644) oder um 36 km/h auf der Bundesstraße (OVG Niedersachsen NJW 2011, 1620 = NZV 2011, 415 = DAR 2011, 162).
- **12 Monate** bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung um 30 km/h außerorts ohne Voreintragung im FAER (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2018, 342 m. Anm. *Kratzer*), 29 km/h (VG Sigmaringen, Beschl. v. 16.6.2015 – 5 K 1730/15), 28 km/h (VG Mainz DAR 2022, 586 = zfs 2022, 300 [Ls.]), um mehr als 30 km/h (VGH Baden-Württemberg NJW 1992, 132), um 40 km/h (VG Berlin, Urt. v. 9.2.2011 – 11 K 459.10), 40 km/h innerorts (VGH Bayern, Beschl. v. 13.10.2022 – 11 CS 22.1897, 68 km/h (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2006, 223 = zfs 2006, 234 = DAR 2006, 172) oder bei einem qualifizierten **Rotlichtverstoß** (VGH Bayern NJW 2011, 326 = NZV 2011, 271 sowie bei Verstößen, die nach dem bis zum 1.5.2014 gültigen Punktesystem mit 3 Punkten bewertet worden sind (VG Saarlouis zfs 2012, 299 m. Anm. *Haus*).
- **1 Jahr 3 Monate** bei einer Geschwindigkeitsübertretung um 45 km/h mit einem Motorrad (VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 10.8.2015 – 10 S 278/15 = zfs 2015, 660) oder beim Rechtsüberholen auf der Autobahn (VG Braunschweig, NZV 2006, 55).
- **1 Jahr 6 Monate** bei einer **Unfallflucht** gem. § 142 StGB (VGH Baden-Württemberg DAR 2014, 158), bei einer Geschwindigkeitsübertretung um 39 km/h (VG Mainz DAR 2013, 163 = VRR 2012, 316 [von der Behörde waren 30 Monate angeordnet]) oder um 36 km/h innerorts (OVG Niedersachsen NJW 2014, 1610 = DAR 2014, 218).
- **2 Jahre** bei einem Rotlichtverstoß von erheblicher Dauer mit über 18 sec. (VGH Baden-Württemberg NZV 2003, 399 = DAR 2003, 90), bei wiederholter Geschwindigkeitsüberschreitung (BVerwG NJW 1979, 1054) oder bei zwei bereits vorausgegangenen Fahrtenbuchauflagen (VG Stuttgart, Urt. v. 12.7.2019 – 17 K 3012/18, zfs 2019, 535).
- **2 Jahre 6 Monate** bei **qualifiziertem Rotlichtverstoß**; die übliche Berechnungspraxis der Behörde sei nicht zu beanstanden: jeweils 6 Monate pro Punkt (nach dem Punktesystem bis zum 30.4.2014) sowie weitere 6 Monate für das Fahrverbot (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2011, 470 = DAR 2011, 426).
- **3 Jahre** bei einer **Unfallflucht** gem. § 142 StGB und einem Sachschaden von rund 100,00 EUR (OVG Nordrhein-Westfalen NZV 2006, 53 = DAR 2005, 708).

☝ Die Befristung ist aber **nicht zwingend** und die Anordnung kann auch für unbestimmte Dauer getroffen werden (VGH Baden-Württemberg NZV 2003, 399; OVG Bremen DAR 1976, 53). Andererseits gibt es auch keine Untergrenze. Falsch ist also die Annahme, die Anordnung müsse einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten erfassen (OVG Nordrhein-Westfalen zfs 2016, 359 = NZV 2016, 295).

Eine erneute Verhängung oder Verlängerung der Auflage wegen Verletzung der sich aus der Anordnung ergebenden Pflichten kommt grds. nicht in Betracht (VGH Mannheim, Beschl. v. 10.5.2023 – 13 S 404/23, NZV 2024, 101).

11. Gem. § 31a Abs. 1 S. 1 StVZO kann die Führung eines Fahrtenbuchs für **mehrere Fahrzeuge** oder zukünftig zuzulassende Fahrzeuge angeordnet werden. Die Anordnung hinsichtlich eines **Ersatzfahrzeugs** ist die Regel. Ein solches Ersatzfahrzeug ist nicht nur ein neu angeschafftes Kfz (OVG Niedersachsen NZV 2008, 52). Wird der ursprünglich von der Anordnung erfasste Wagen veräußert, kann die Anordnung auch auf ein Fahrzeug erstreckt werden, welches der Halter bereits früher betrieben und genutzt hat (OVG Berlin NJW 2003, 2402; OVG Niedersachsen zfs 2015, 415). Bei einem Kfz-Händler kann sich die Anordnung auch auf ein zum Verkauf bestimmtes Fahrzeug einschließlich Ersatzfahrzeug erstrecken (VGH Bayern zfs 2022, 595). **1362**

Die Anordnung für **sämtliche Fahrzeuge** des Halters soll nicht unverhältnismäßig sein, wenn mehrere **Verstöße** (OVG Saarland, Beschl. v. 19.4.2023 – 1 B 25/23; VG Braunschweig NZV 2002, 103; VG Stuttgart zfs 2019, 535) oder **eine Straftat** ausschließlich mit ein und demselben Wagen begangen wurden (Unfallflucht gem. § 142 StGB: VGH Baden-Württemberg zfs 2014, 418 = DAR 2014, 158 = VRR 2014, 238). Die Behörde hat dabei allerdings Art und Umfang des **Fahrzeugparks** zu ermitteln und die Erforderlichkeit dieser weitreichenden Anordnung darzulegen (OVG Niedersachsen DAR 2006, 167). Dazu bedarf es einer Prognose, ob auch bezogen auf die übrigen Fahrzeuge mit Verstößen zu rechnen ist (VG Mainz DAR 2013, 163 = VRR 2012, 316). Bei einem **größeren Fuhrpark** dürfte in der Regel zu **differenzieren** sein, beispielsweise zwischen Lkw und Pkw. Darüber hinaus ist zu klären, ob die unaufgeklärte Zuwiderhandlung aus einer bestimmbar Personengruppe des Unternehmens begangen wurde und welche Kfz gerade diesen Personen zugänglich sind (VG Neustadt DAR 2015, 157). Dabei und bei kleineren Fuhrparks müsse aber gerade auch der Gefahr begegnet werden, dass eine Umgehung der Fahrtenbuchauflage durch Ausweichen auf ein anderes Fahrzeug erfolgt (VGH Baden-Württemberg NZV 2014, 426). **1363**

Unzutreffend ist es in jedem Fall, mit § 31a StVZO einen **erzieherischen** oder gar **bestrafenden Zweck** zu verfolgen. Dennoch soll die „Weigerung“ der Geschäftsführung, den Fahrer zu benennen, Anlass genug sein, für sämtliche Fahrzeuge das Führen eines Fahrtenbuchs anzuordnen, um den Halter auf diese Weise zu einer nachprüfaren Überwachung der Fahrzeugbenutzung anzuhalten (VG Braunschweig NZV 2005, 164; s.a. OVG Nordrhein-Westfalen zfs 1995, 318; vgl. noch VGH Bayern, Beschl. v. 12.3.2014 – 11 CS 14.176). Das ist methodisch falsch, weil damit von den Voraussetzungen für die Anordnung eines Kfz auf die Notwendigkeit der Anordnung für mehrere Kfz geschlossen wird. Die Ausweitung über das tatbetroffene Kfz hinaus bedarf schließlich zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit einer gesonderten Rechtfertigung. Mittels Fahrtenbuch soll künftig die Feststellung des Fahrzeugführers ohne Schwierigkeiten – objektiv – ermöglicht werden (BVerwG NJW 1989, 2704 [nicht anders als bei der Kennzeichnungspflicht für Kfz]). **1364**

☞ Es reicht aus, dass sich die Fahrtenbuchauflage auf den gesamten Fuhrpark erstreckt, die betroffenen Fahrzeuge brauchen im Bescheid also nicht einzeln aufgezählt zu werden (OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 5.4.2011 – VG 11 K 128.11 für den Fuhrpark eines häuslichen Pflegedienstes).

- 1365** **12.** Oftmals wird bei der Fahrtenbuchauflage zugleich die **sofortige Vollziehbarkeit** angeordnet (dazu auch VG Neustadt VRR 2005, 39). Dies sei – so die Rechtsprechung – nicht zu beanstanden, weil im Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs in aller Regel auf das sofortige Führen des Fahrtenbuchs nicht verzichtet werden könne (VGH Baden-Württemberg NZV 1998, 126; OVG Sachsen-Anhalt DAR 2020, 647 [disziplinierende Wirkung auf den Fahrzeugführer]). Zudem erledige sich anderenfalls die Anordnung allein durch den Zeitablauf im Rechtsbehelfsverfahren (OVG Berlin NJW 2003, 2402) und die für den Halter mit der Anordnung verbundenen Beeinträchtigungen seien auch nur gering (OVG Nordrhein-Westfalen NJW 1995, 2242).

☞ Unterbleibt die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit kann die Behörde den **Beginn der Auflage** auf die Zeit „**ab Rechtskraft** der angefochtenen Bescheide“ hinausschieben, und zwar auch nachträglich, wenn der Halter Anfechtungsklage erhebt (BVerwG NJW 1979, 1054).

- 1366** **13.a)** Gegen die **Fahrtenbuchauflage** ist – nach Maßgabe des Landesrechts ggf. zunächst nach Widerspruch – die **Anfechtungsklage** statthaft. Das gilt bei Sofortvollzug aber nur solange der Halter (noch) zum Führen des Fahrtenbuches verpflichtet ist. Nach Befolgung der Fahrtenbuchanordnung und Ablauf der Aufbewahrungsfrist kann die mit der **Fortsetzungsfeststellungsklage** überprüft werden, § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO. Denn die Rechtswidrigkeit der Fahrtenbuchauflage würde eine hinreichend schwere Beeinträchtigung des Betroffenen in seinem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung bedingen (OVG Saarland, Urt. v. 6.10.2021 – 1 A 8/21 = zfs 2022, 60 [Ls.], m. Hinw. a. BVerfG, Beschl. v. 3.3.2004 – 1 BvR 461/03; a.A. OVG Sachsen zfs 2016, 539; VG Osnabrück zfs 2013, 295; s. auch BVerwG zfs 2023, 414 = DAR 2023, 345 m. Anm. *Niehaus*; zu den Einzelheiten beim Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde nach § 31a StVZO *Koehl* NZV 2008, 169; *Wysk* ZAP F. 9, S. 417, 425 ff; zur **Abrechnung** der anwaltlichen Tätigkeiten *Fromm* JurBüro 2017, 341).

☞ Nach der Nr. 46.11 des Streitwertkataloges beträgt der **Gegenstandswert 400,00 EUR pro Monat und Fahrzeug**. Es darf dabei keine Kürzung vorgenommen werden, selbst wenn sich dabei ein sehr hoher Streitwert errechnet (VGH Baden-Württemberg DAR 2016, 177 m. Anm. *Schneider* [bei 32 Fahrzeugen: 153.600,00 EUR]; a.A. VGH Hessen NVwZ-RR 2012, 743 [„Mengenrabatt“: ab dem zweiten Jahr nur

noch 1.000 EUR/Jahr]; OVG Nordrhein-Westfalen NJW 1998, 2305 = NZV 1998, 176 = DAR 1998, 156 [mit differenzierter Staffelung]; VG Sigmaringen DAR 2016, 475 [aus Gründen der Billigkeit max. 15.000 EUR].

b) Die bloße **Androhung** einer Fahrtenbuchanordnung durch die Verwaltungsbehörde für den Fall eines erneuten Verstoßes ist kein Verwaltungsakt und ist folglich auch **nicht anfechtbar** (BVerwG DAR 1978, 334). Wird die Androhung indes mit einem Gebührenbescheid versehen, kann jedoch gegen die Gebührenfestsetzung nach den allgemeinen Regeln des Verwaltungsrechts vorgegangen werden (vgl. OVG Rheinland-Pfalz zfs 2007, 540 = VRR 2007, 238).

1367

14.a) In § 31a Abs. 2 Nr. 1 bis 3 StVZO ist geregelt, **wann und welche Eintragungen** im Fahrtenbuch vorzunehmen sind. **1368**

Vor Beginn der Fahrt:

- Name, Vorname und Anschrift des Fahrzeugführers,
- amtliches Kennzeichen des Fahrzeugs und
- Datum und Uhrzeit des Beginns der Fahrt.

Nach Beendigung der Fahrt:

- Datum und Uhrzeit mit Unterschrift.

b) Der Halter ist gem. § 31a Abs. 3 StVZO verpflichtet, das Fahrtenbuch **jederzeit** an dem von der anordnenden Stelle festgelegten Ort **zur Prüfung auszuhändigen** und es **sechs Monate** nach Ablauf der Zeit **aufzubewahren**, für die es geführt werden muss. Diese Pflicht besteht unabhängig davon, ob innerhalb der Zeit der Aufzeichnungspflicht tatsächlich Fahrten durchgeführt wurden oder nicht (VG Düsseldorf, Beschl. v. 5.6.2014 – 14 L 958/14). I.d.R. wird der Vorlagezeitpunkt zugleich mit der Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches bestimmt. Allerdings kann unabhängig davon zu einem früheren Zeitpunkt die Vorlage verlangt werden (Wortlaut des § 31a Abs. 3 StVZO: „jederzeit“). Es ist auch grds. nicht zu beanstanden, dass der Halter bereits mit der Anordnung zum Führen des Fahrtenbuches angewiesen wird, das Fahrtenbuch in Abständen von 3 Monaten der Behörde vorzulegen (so jedenfalls OVG Niedersachsen NJW 2011, 1620 = NZV 2011, 415 = DAR 2011, 162).

1369

☝ Auch gilt wie bei der Anordnung zum Führen des Fahrtenbuches, dass der Halter zur Vorlage auch dann **verpflichtet bleibt**, wenn er sich damit wegen eines noch anhängigen Bußgeldverfahrens **selbst belastet** (weil mit der Vorlage die Fahrereigenschaft belegt wird; OVG Berlin-Brandenburg NZV 2017, 148 m. Anm. *Quarch*).

15. Bei rechtskräftiger oder vollziehbarer Anordnung zur **Fahrtenbuchführung** wird ein **Verstoß** gegen § 31a Abs. 1 und 2 StVZO nach § 69a Abs. 5 Nr. 4 und 4a StVZO als **OWi** geahndet, die indes nicht im FAER eingetragen wird und keine Belastung mit Punkten **1370**

nach sich zieht. Die Aufdeckung im Rahmen einer allgemeinen Verkehrskontrolle kann nicht etwa dadurch erleichtert werden, dass ein entsprechender Hinweis im Fahrzeugschein eingetragen wird. Denn hierfür fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage (OVG Nordrhein-Westfalen DAR 2005, 411 = NZV 2005, 336 = VRS 108, 457).

☞ Legt der Halter das Fahrtenbuch nicht vor, darf allein deshalb **keine erneute** Fahrtenbuchauflage erteilt werden (VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 10.5.2023 – 13 S 404/23, zfs 2023, 480 [Ls.]; VG Hannover VRR 2011, 237 = VA 2011, 87).

1371 16. Hinweise für den Verteidiger!

- 1372 a)** Die rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen eine Fahrtenbuchauflage im Verwaltungsverfahren mit Erfolg zur **Wehr** zu **setzen**, sind **beschränkt**. Der Verteidigungsstrategie im OWi-Verfahren kommt daher umso größere Bedeutung bei. Welche Vorgehensweise für den Betroffenen/Halter günstig ist, hängt bei einem **Privatfahrzeug** maßgeblich davon ab, wann der Anhörungsbogen eingeht und ob ein Messfoto beigelegt war.

☞ Dies galt jedenfalls bislang. Nach den abweichenden Entscheidungen einiger Obergerichte können diese Überlegungen indes nur noch teilweise gelten, weil nach der dort vertretenen Auffassung weder den Zugang noch den Zugangszeitpunkt des **Anhörungsbogens** für eine wirksame Fahrtenbuchauflage nachgewiesen muss, sondern vorrangig oder ausschließlich auf den Nachweis der Absendung abstellt wird (Rdn 1333).

1373 Im Einzelnen gilt:

- Die Zuwiderhandlung ist tatbestandliche Voraussetzung, der **Verstoß** als solcher muss folglich **feststehen**. Ziel sollte es deshalb sein, dass die Einstellung des Verfahrens oder der Freispruch damit begründet wird, die Zuwiderhandlung sei nicht hinreichend sicher festzustellen, z.B. wegen Defiziten bei der Geschwindigkeitsmessung. Auch bei einem Verfahrenshindernis (Verfolgungsverjährung) bleibt offen, ob es überhaupt zu einem Verstoß gekommen ist. Hilfreich ist ferner ein Beschluss nach § 47, der sich nicht zur Feststellung des Fahrzeugführers verhält. Auf festem Boden steht der Betroffene/Halter bei einer Ahndung, bestenfalls unterhalb der Eintragungsgrenze (→ *Fahreignungsregister, Allgemeines*, Rdn 1237).

Wenn es den Tatsachen entspricht, sollte frühzeitig offengelegt werden, wann der Betroffene (sofern er auch Halter des Kfz ist) Kenntnis von dem Verstoß erhalten hat und dass wegen des Zeitablaufs **nicht erinnert** werden kann, wer seinerzeit den Wagen genutzt hat. Allerdings wird dem Halter möglicherweise entgegengehalten, er hätte zumindest einen Personenkreis namhaft machen müssen.

- Dabei ist tunlich darauf zu achten, die **Kausalität** zur verspäteten Information über den Verstoß nicht einmal infrage zu stellen (z.B. durch Verweis auf einen namentlich unbekanntem Dritten als Fahrer).
- Trotz der die 2-Wochen-Frist zunehmend einschränkenden Rspr. kann es für den Betroffenen zielführend sein, den **Bußgeldbescheid abzuwarten**. Denn die Behörde hat jedenfalls die Versendung des Anhörungsschreibens nachzuweisen. Ggf. können jetzt über einen Verteidiger mit dem Einspruch differenzierte Angaben zum Personenkreis gemacht werden, aus dem der Fahrer stammen muss. Da die Verjährung nach § 33 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 nur gegen ihn unterbrochen worden ist (→ *Verjährung, Unterbrechung, Allgemeines*, Rdn 3877 und → *Verjährung, Unterbrechungstatbestände*, Rdn 3894 ff.), verbleibt möglicherweise nicht mehr genug Zeit, die gem. § 31a StVZO gebotenen und angemessenen Ermittlungen umfassend abzuschließen.

☝ All diese Empfehlungen erhöhen letztlich aber nur die **Wahrscheinlichkeit**, mit der einer etwaigen Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches entgegengetreten werden kann.

Möchte sich der Halter eine Fahrtenbuchanordnung in jedem Fall ausschließen, muss er mitteilen, **wer das Fahrzeug geführt hat** oder zumindest wem es überlassen worden war.

b) Für **privat genutzte** Kfz kann folgendes Schema eine erste Orientierung bieten. Es werden dabei nur die Antworten aufgeführt, die im Ergebnis einer Anordnung zum Führen eines Fahrverbotes entgegenstehen können. Dabei bedeutet: = Es bestehen Anhaltspunkte, mit denen die Anordnung angegriffen werden kann. = Solche Anhaltspunkte sind insoweit nicht gegeben.

1374

Checkliste: Fahrtenbuch

1375

	Ja	Nein
Richtet sich die Anordnung gegen den Halter?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steht die Zuwiderhandlung als solche fest?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wurde der Fahrzeugführer ermittelt?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Wurde der Halter rechtzeitig über die Zuwiderhandlung informiert?		
Nein: Ist die Verzögerung kausal für die ausgebliebene Ermittlung des Fahrzeugführers?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Wurde die Mitwirkung des Halters vereitelt oder noch nicht ermöglicht?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Bei Mitwirkung (Angaben) des Halters:			
	Bieten die Angaben ernstzunehmende Ansätze zur Ermittlung des Fahrzeugführers?		
	Ja: Ist den Ermittlungsansätzen nachgegangen worden?	■	<input type="checkbox"/>
Ergeben sich aus dem Akteninhalt sonstige Ermittlungsansätze?			
	Ja: Ist den Ermittlungsansätzen nachgegangen worden?	■	<input type="checkbox"/>
	Ist die Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches ermessensfehlerhaft?	<input type="checkbox"/>	■
	Ist die Dauer der Anordnung ermessensfehlerhaft?	<input type="checkbox"/>	■
	Ist der Umfang der Anordnung ermessensfehlerhaft?	<input type="checkbox"/>	■

Siehe auch: → *Halterhaftung* (§ 25a StVG), Rdn 2347.

1376 Fahrverbot, Absehen, allgemeine Gründe

Das Wichtigste in Kürze:

1. Die Verwirklichung eines Regelbeispiels begründet die widerlegbare Vermutung der Erforderlichkeit des Fahrverbots zur erzieherischen Einwirkung auf den Betroffenen.
2. Vielfach nutzen Tatrichter die Möglichkeit, unter Hinweis auf die mangelnde Erforderlichkeit unter Anhebung der Geldbuße vom Fahrverbot abzusehen.
3. Die Rechtsbeschwerdegerichte sind bei der Anerkennung solcher Umstände wesentlich strenger.
4. Anhaltspunkt für eine fehlende Erforderlichkeit können Einkommens- und Vermögensverhältnisse sein, bei denen eine deutliche Erhöhung der Regelgeldbuße denselben Erziehungseffekt wie ein Fahrverbot besitzen kann.
5. Entsprechende Umstände müssen frühzeitig vorgetragen werden, beim Schweigen oder Bestreiten der Tat muss dies „hilfsweise“ erfolgen.

1377

Literaturhinweise: Beck, Ausnahmen vom Fahrverbot, DAR 1997, 32; Bode, Absehen vom Fahrverbot, zfs 1995, 2; Burhoff, Absehen vom Fahrverbot, VA 2001, 104; ders., VRR-Arbeitshilfe: Rechtsprechung zum Absehen vom Fahrverbot 2010 – 2012, VRR 2012, 452; ders., VRR-Arbeitshilfe: Rechtsprechung zum Absehen vom Fahrverbot 2012 – 2015, VRR 5/2015, S. 3, und VRR 7/2015, S. 3; ders., Neuere Rechtsprechung zum Fahrverbot, VA 2017, 127; Dronkovic/Hanelt, Absehen vom Fahrverbot bei Teilnahme an Nachschulungsmaßnahmen und Nachschulungsmaßnahmen im Vergleich, DAR 1997, 750; Heinrich, Auswirkungen der freiwilligen Teilnahme an einem Aufbaueminar während eines anhängigen Ordnungswidrigkeitenverfahrens, NZV 2010, 237; Himmelsreich, Unfallflucht (§ 142 StGB): Wegfall oder Verkürzung von Fahrerlaubnis-